



Aktuelle Informationen aus dem Parlament



PETITION online unterstützen
auf www.erwinpreiner.at

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/PET/PET_00012/index.shtml

49. NR-Sitzung – Mittwoch, 21. November 2018, 9.00 Uhr

Eingeleitet wurde der Sitzungstag mit der Aktuellen Stunde der NEOS und der Aktuellen Europastunde der Liste Pilz.

TAGESORDNUNG

TOP 1: Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag 447/A der Abgeordneten Mag. Lettenbichler, Mag. Stefan Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz über ergänzende zivil rechtliche Bestimmungen für die Umwandlung der Tiroler Zukunftsstiftung in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (354 d.B.)

Zur Vermarktung des Standortes Tirol sollen Gesellschaften zusammengeführt werden. Eine Überführung der Tiroler Zukunftsstiftung als Fonds des öffentlichen Rechts in eine Kapitalgesellschaft wäre nur als Sacheinlage nach geltendem Recht möglich. Es soll daher mit einer eigenen Rechtsgrundlage eine Analogie zu Stiftungen, die nach dem Bundesstiftungs- und Fondsgesetz errichtet sind und in Privatstiftungen umgewandelt werden können, geschaffen werden.

ABSTIMMUNG: Dafür: V, S, F, N, P, dagegen: -

TOP 2: Bericht des Ausschusses für Familie und Jugend über die Regierungsvorlage (331 d.B.): Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Elementarpädagogik für die Kindergartenjahre 2018/19 bis 2021/22 (355 d.B.)

Bis 2021/22 werden vom Bund jährlich Mittel in der Höhe von 142,5 Mio. € zur Verfügung gestellt. Der jährliche Beitrag der Länder beträgt rund 38 Mio. € pro Jahr.

Ausbau des Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsangebots, vor allem für die unter Dreijährigen, Intensivierung der frühen sprachlichen Förderung ab vier Jahren, Verbesserung der Qualität im Hinblick auf den Betreuungsschlüssel und die Öffnungszeiten, Weiterentwicklung der einheitlichen Qualifikation der Tagesmütter und –väter, Beibehaltung des kostenlosen und verpflichtenden letzten Kindergartenjahres vor Schuleintritt, verbindliche Vermittlung von Grundwerten inklusive eines Kopftuchverbots in Kindergärten, sowie bundesweit einheitliche Qualifikation der Fachkräfte. Durch diesen Vertrag, der rückwirkend per 1. September 2018 in Kraft tritt, werden die bisherigen drei 15a-Vereinbarungen (betreffend Sprachförderung, Ausbau des institutionellen Angebots, Gratiskindergartenjahr) zusammengeführt.

ABSTIMMUNG: Dafür: V, S, F, P, dagegen: N

TOP 3: Bericht des Ausschusses für Familie und Jugend über den Antrag 454/A(E) der Abgeordneten Daniela Holzinger-Vogtenhuber, BA, Kolleginnen und Kollegen betreffend eines bundeseinheitlichen Qualitätsrahmens im Bereich der Elementarpädagogik (356 d.B.)

BM Bogner-Strauß wird aufgefordert, bei der Entwicklung eines bundeseinheitlichen Qualitätsrahmens für die Kinderbetreuung folgende Punkte einzuarbeiten:

- Senkung der Gruppengröße auf max. 20 Kinder;
- höchstzulässiger Betreuungsschlüssel;
- Umsetzung einer Ausbildungsreform für ElementarpädagogInnen und Assistenzkräfte;
- Angleichung der Vorbereitungszeiten an die VolksschulpädagogInnen;
- Aufwertung des HelferInnenberufs hinsichtlich der Bezahlung und Bezeichnung;
- angemessene Bezahlung für das gesamte fachpädagogische Personal;
- Höchstzahl der Jahresschließstage von 25 Tagen pro Kindergartenjahr.

Botschaften:

- Die Bundesregierung muss in Zukunft mehr Geld für den Ausbau der Kinderbetreuung zur Verfügung stellen.
- Wir fordern weiterhin bundesweit einheitliche Qualitätsstandards in der Elementarpädagogik.

ABSTIMMUNG: Antrag auf Kenntnisnahme eines ablehnenden Ausschussberichts
Dafür: V, F, dagegen: S, N, P

TOP 4: Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Gleichbehandlungsbericht für die Privatwirtschaft 2016 und 2017, vorgelegt von der Bundesministerin für Frauen, Familie und Jugend (III-207/336 d.B.)

Alle 2 Jahre ist dem Nationalrat der Gleichbehandlungsbericht für die Privatwirtschaft vorzulegen.

Botschaften:

- Das Recht auf Gleichbehandlung und das Auftreten gegen Diskriminierung ist unteilbar.
- Wir fordern, dass die Lohnschere endlich geschlossen wird.

– Wir fordern eine rasche Ausweitung des Diskriminierungsschutzes (Levelling up).

ABSTIMMUNG: Antrag auf Kenntnisnahme des Berichts

Dafür: V, S, F, N, P, dagegen: -

TOP 5: Bericht des Ausschusses für Familie und Jugend über den Antrag 413/A(E) der Abgeordneten Norbert Sieber, Edith Mühlberghuber, Kolleginnen und Kollegen betreffend Erarbeitung von Bestimmungen zum Schutz von Kindern vor Pornographie und Gewalt im Internet (357 d.B.)

Stärkung der Medienkompetenz von jungen Menschen im außerschulischen Kontext und Erarbeitung von Bestimmungen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen im Internet.

In diesem Zusammenhang ist auf die aktuelle Studie des SOS-Kinderdorfs zu verweisen, wonach 27% aller Kinder und Jugendlichen zwischen 11 und 18 Jahren schon einmal sexuelle Belästigung im Internet erlebt haben.

ABSTIMMUNG: mehrstimmig (für den Antrag: V, S, F, dagegen: N, nicht anwesend: P)

TOP 6: Bericht des Ausschusses für Familie und Jugend über den Antrag 449/A(E) der Abgeordneten Eva Maria Holzleitner, BSc, Kolleginnen und Kollegen betreffend Lootboxen - Versteckte Gefahr und Suchtpotential in Computerspielen (358 d.B.)

Die SPÖ weist auf versteckte Gefahren und Suchtpotenzialen in Computerspielen hin und fordert eine Verstärkung der Beratungsangebote und Informationen für Kinder- und Jugendliche zum Thema „Lootboxen“. Prävention und Aufklärung und klare Kennzeichnungen sind dringend erforderlich. Die Bundesministerin wird außerdem aufgefordert sich für eine EU weite Lösung und Regelung einzusetzen.

Es handelt sich bei den „Lootboxen“ um weit verbreitete Spielmechaniken in modernen Computerspielen.

ABSTIMMUNG: Zuweisung an den [Finanzausschuss](#)

TOP 7: Bericht des Rechnungshofausschusses über den Bericht des Rechnungshofes betreffend Pensionsrecht der Bediensteten der ÖBB; Follow-up-Überprüfung - Reihe BUND 2018/27 (III-138/339 d.B.)

Der vorliegende Bericht wurde am 7. November 2018 im Rechnungshof-Ausschuss mit BM Hofer diskutiert. Der RH überprüfte von April bis Juni 2017 bei den Österreichischen Bundesbahnen und beim Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie die Umsetzung der Empfehlungen, die er bei einer vorangegangenen Gebarungsüberprüfung abgegeben hatte. Das Ministerium setzte von sechs Empfehlungen eine um und fünf nicht. Die ÖBB setzten die an sie gerichtete Empfehlung um.

ABSTIMMUNG: Dafür: V, S, F, N, P, dagegen: -

TOP 8: Bericht des Rechnungshofausschusses über den Bericht des Rechnungshofes betreffend Österreichische Breitbandstrategie 2020 (Breitbandmilliarde) - Reihe BUND 2018/46 (III-187/340 d.B.)

Dieser Bericht wurde am 7. November 2018 im Rechnungshof-Ausschuss mit BM Hofer debattiert. Der RH überprüfte von April bis Juli 2017 die Österreichische Breitbandstrategie 2020 (Breitbandmilliarde) beim Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, bei der Österreichischen Forschungsgesellschaft mbH (FFG) und beim Bundeskanzleramt in Wien.

ABSTIMMUNG: Dafür: V, S, F, N, P, dagegen: -

TOP 9: Bericht des Rechnungshofausschusses über den Bericht des Rechnungshofes betreffend Bundesanstalt für Verkehr - Reihe BUND 2018/48 (III-189/341 d.B.)

Der vorliegende Bericht wurde am 7. November 2018 im Rechnungshof-Ausschuss mit BM Hofer diskutiert. Der RH überprüfte im Zeitraum Jänner bis Mai 2017 die Gebarung des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie und der Bundesanstalt für Verkehr.

ABSTIMMUNG: Dafür: V, S, F, N, P, dagegen: -

TOP 10: Bericht des Rechnungshofausschusses über den Bericht des Rechnungshofes betreffend Zivile Flugsicherung - Reihe BUND 2017/58 (III-61/342 d.B.)

Der vorliegende Bericht wurde am 7. November 2018 mit BM Hofer und den Auskunftspersonen Dr. Sommerbauer (Geschäftsführer Austro Control) sowie Dr. Hubert Walter (Prokurist Austro Control) im Rechnungshof-Ausschuss diskutiert. Der RH überprüfte von April bis Juni 2016 die Gebarung des BMVIT und der Austro Control Österreichische Gesellschaft für Zivilluftfahrt mit beschränkter Haftung.

Beurteilung: Aus Sicht der SP-Fraktion gehört die Austro Control zu den besten, sichersten, innovativsten und pünktlichsten Flugsicherungsorganisationen in Europa und ist auch wirtschaftlich grundsolide aufgestellt (Umsatz 2015. 265,46 Mio. €). Diese Qualität darf auch etwas kosten.

ABSTIMMUNG: Dafür: V, S, F, N, P, dagegen: -

TOP 11: Bericht des Rechnungshofausschusses über den Bericht des Rechnungshofes betreffend Passagier- und Fahrgastrechte - Reihe BUND 2017/48 (III-48/343 d.B.)

Der vorliegende Bericht wurde am 7. November 2018 im Rechnungshof-Ausschuss zur Kenntnis genommen.

ABSTIMMUNG: Dafür: V, S, F, N, P, dagegen: -

TOP 12: Bericht des Rechnungshofausschusses über den Bericht des Rechnungshofes betreffend Gewinnausschüttungen - Ziele und Vorgaben des Bundes - Reihe BUND 2017/21 (III-24/344 d.B.)

Der vorliegende Bericht wurde am 7. November 2018 im Rechnungshof-Ausschuss zur Kenntnis genommen. Nur neun von 108 Unternehmen, an denen der Bund im Jahr 2015 direkt und mehrheitlich beteiligt war, schütteten Gewinne aus.

ABSTIMMUNG: Dafür: V, S, F, N, P, dagegen: -

TOP 13: Bericht des Rechnungshofausschusses über den Bericht des Rechnungshofes betreffend Scanpoint GmbH - Reihe BUND 2018/55 (III-201/345 d.B.)

Der vorliegende Bericht wurde am 7. November 2018 im Rechnungshof-Ausschuss zur Kenntnis genommen.

ABSTIMMUNG: Dafür: V, S, F, N, P, dagegen: -

TOP 14: Bericht des Rechnungshofausschusses über den Bericht des Rechnungshofes betreffend Öffentliche Pädagogische Hochschulen; Follow-up-Überprüfung - Reihe BUND 2018/50 (III-192/346 d.B.)

→ Siehe Bereich REDE

ABSTIMMUNG: Dafür: V, S, F, N, P, dagegen: -

TOP 15: Bericht des Rechnungshofausschusses über den Bericht des Rechnungshofes betreffend Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds; Follow-up-Überprüfung - Reihe BUND 2018/42 (III-174/347 d.B.)

Der vorliegende Bericht wurde am 7. November 2018 im Rechnungshof-Ausschuss zur Kenntnis genommen.

ABSTIMMUNG: Dafür: V, S, F, N, P, dagegen: -

TOP 16: Erste Lesung des Antrags 310/A der Abgeordneten Dr. Irmgard Griss, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz um Bestimmungen über einen weisungsfreien Bundesstaatsanwalt ergänzt wird

Beurteilung: Da die NEOS Vorstellungen der SPÖ übernommen haben, ist dieser Antrag für uns naturgemäß positiv zu beurteilen.

Keine ABSTIMMUNG

REDE

TOP 14: Bericht des Rechnungshofausschusses über den Bericht des Rechnungshofes betreffend Öffentliche Pädagogische Hochschulen; Follow-up-Überprüfung - Reihe BUND 2018/50 (III-192/346 d.B.)

Abgeordneter Erwin Preiner (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Frau Rechnungshofpräsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Zuhörer hier auf der Galerie und vor den Fernsehapparaten! Der Rechnungshof überprüfte in Form einer Follow-up-Prüfung im November und Dezember des vergangenen Jahres die Umsetzung von entsprechenden Empfehlungen, die an das Bildungsministerium einerseits, andererseits an die Pädagogische Hochschule Tirol gerichtet gewesen sind – dies aufgrund einer vorangegangenen Gebarungsprüfung, bereits im Jahr 2013, zum Themenbereich Öffentlichkeit der Pädagogischen Hochschule Tirol. Der Prüfungszeitraum umfasste die Studienjahre 2007/2008 bis 2011/2012.

In der ursprünglichen Gebarungsprüfung stellte der Rechnungshof 23 Empfehlungen fest, die natürlich auch an das Bildungsministerium einerseits, andererseits an die Pädagogische Hochschule gerichtet wurden. In der Follow-up-Überprüfung – wie von mir vorhin bereits erwähnt – im November/Dezember des vergangenen Jahres wurde festgehalten, dass von diesen 23 Empfehlungen bereits 13 voll und ganz umgesetzt wurden, neun Empfehlungen teilweise umgesetzt wurden, eine aber nicht.

Ich denke, das ist ein sehr hoher Umsetzungswert und möchte uns in Erinnerung rufen, dass in dieser Zeit die SPÖ-Bildungs- und Unterrichtsminister die Verantwortung dafür gehabt haben, ich bedanke mich daher explizit bei ihnen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Geschätzte Damen und Herren! Zur Umsetzung kam die Harmonisierung der pädagogischen Ausbildung durch Kooperationen von Pädagogischen Hochschulen und Universitäten. Daher entstand die Verbundregion West. Des Weiteren wurde gemeinsam ein Curricula entwickelt, sodass im Studienjahr 2016/2017 das Lehramtsstudium „Sekundarstufe Allgemeinbildung“ als gemeinsam eingerichtetes Studium zwischen Pädagogischer Hochschule Tirol und Universitäten im Verbund West durchgeführt werden konnte. Die Pädagogische Hochschule Tirol setzte sogar ein Controllinginstrument für einen gezielten finanziellen Ressourceneinsatz um.

Ich möchte auch erwähnen, dass aufgrund der Follow-up-Überprüfung der Rechnungshof drei wesentliche Empfehlungen weiter aufrechterhält. Ich möchte nur eine kurz erwähnen, nämlich die Entwicklung einer Strategie im Bereich Gender Mainstreaming, um die Diversifizierung im Lehrberuf sicherzustellen. Wir wissen, es gibt zu wenige Männer für das Lehramtsstudium im Pflichtschulbereich. Ich denke, das ist eine große Herausforderung für

die Zukunft. Mit einem weiteren Breitbandausbau in puncto schnelles Internet werden vielleicht in Zukunft mehr Männer diesen wichtigen pädagogischen Beruf im Pflichtschulbereich ergreifen. – Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

51. NR-Sitzung – Donnerstag, 22. November 2018, 9.00 Uhr

Eingeleitet wurde der Sitzungstag mit einer Fragestunde an die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz

TAGESORDNUNG

TOP 1: Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales über die Regierungsvorlage (327 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über einen Zweckzuschuss aufgrund der Abschaffung des Zugriffs auf Vermögen bei Unterbringung von Personen in stationären Pflegeeinrichtungen erlassen wird und mit dem das Finanzausgleichsgesetz 2017 geändert wird (362 d.B.)

Durch den verfassungsgesetzlich vorgesehenen Entfall des Pflegeregresses (§ 330a ASVG) entstehen den Ländern und Gemeinden Mindereinnahmen, die durch den bisher vorgesehenen Ausgleich iHv. 100 Mio. € (§ 330b ASVG) nicht abgedeckt sind. Mit dem vorliegenden Gesetz wird nunmehr ein Höchstbetrag von 340 Mio. € für 2018 vorgesehen und die Aufteilung dieser Mittel vorgenommen.

Botschaft: Wir fordern die Zurverfügungstellung ausreichender Finanzmittel für die Pflege.

ABSTIMMUNG: Dafür: V, F, P, dagegen: S, N

TOP 2: Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales über die Regierungsvorlage (293 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz, das Kriegsoferversorgungsgesetz 1957, das Opferfürsorgegesetz, das Impfschadengesetz, das Verbrechenopfergesetz, das Heimopferrentengesetz, das Pensionsgesetz 1965, das Bundestheaterpensionsgesetz, das Bundesbahn-Pensionsgesetz und das Bezügegesetz geändert werden (Pensionsanpassungsgesetz 2019 – PAG 2019) (363 d.B.)

Das Pensionsanpassungsgesetz 2019 sieht vor, Pensionen bis 1.115 € um 2,6% zu erhöhen. Das gilt auch für die Ausgleichszulagenrichtsätze. Danach sinkt der Anpassungsfaktor bis zu einer Pension von 1.500 € linear auf 2% ab. Wer zwischen 1.500 € und 3.402 € bezieht, erhält exakt die Inflation abgegolten. Für Pensionen über der ASVG-Höchstpension von 3.402 € ist ein Pauschalbetrag von 68 € vorgesehen. Die Anpassung von 2,6% wird darüber hinaus auch für Opferrenten, etwa nach dem Opferfürsorgegesetz, dem Verbrechenopfergesetz und dem Heimopferrentengesetz, wirksam. Insgesamt fallen durch das Gesetz 2019 zusätzliche Kosten von rund 55,9 Mio. € an, wobei die Regierung im Bereich der gesetzlichen Pensionsversicherung mit Mehrausgaben von 68,8 Mio. € rechnet, während im Bereich der Beamtenpensionen 13,1 Mio. € eingespart werden.

Botschaft: Es darf zu keinem Kaufkraftverlust für PensionistInnen kommen. Wir fordern daher die Abgeltung der realen Nettoteuerung.

ABSTIMMUNG: mehrstimmig: dafür: V, F, dagegen: S, N

TOP 3: Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales über den Antrag 442/A der Abgeordneten Tanja Graf, Dr. Dagmar Belakowitsch, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz geändert wird (364 d.B.)

Der Gesetzentwurf stellt eine Anpassung an das bereits im Frühjahr beschlossene Gesetz über die Absenkung der ALV-Beiträge dar und sieht eine Verminderung der Beiträge für freiwillig Versicherte bei entsprechender Beitragsgrundlage wie für Pflichtversicherte sowie eine Klarstellung betreffend Lehrlinge vor.

Botschaft: Wir fordern eine ausreichende Finanzierung der Arbeitsmarktförderung, damit Angebote wie Fachkräftestipendium, SÖB (Sozialökonomische Betriebe) und ÜBA (überbetriebliche Lehrausbildung) nicht gekürzt werden müssen.

ABSTIMMUNG: Dafür: V, F, dagegen: S, N, P

TOP 4: Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales über den Antrag 309/A(E) der Abgeordneten Mag. Gerald Loacker, Kolleginnen und Kollegen betreffend Reform der freiwilligen Arbeitslosenversicherung (365 d.B.)

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, wird aufgefordert, dem Parlament eine Regierungsvorlage zuzuleiten, mit der die beitragsrechtliche Ungleichbehandlung von niedrigverdienenden freiwillig arbeitslosenversicherten Selbständigen gegenüber niedrigverdienenden pflichtversicherten Unselbständigen beseitigt wird, indem bei Vorliegen einer entsprechend geringen tatsächlichen Beitragsgrundlage eine Beitragsreduktion nach § 2a AMPFG auch für Selbständige zur Anwendung kommt.“

ABSTIMMUNG: Dafür: V, S, F, P, dagegen: N

TOP 5: Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales über den Bericht des Anwalts für Gleichbehandlungsfragen für Menschen mit Behinderung über die Tätigkeit im Jahr 2017, vorgelegt von der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz (III-197/366 d.B.)

Inhalt: Aus Sicht der Behindertenanwaltschaft war das Jahr 2017 von *Veränderungen* geprägt:

- Beendigung der Tätigkeit von Erwin Buchinger;
- 5. Mai Bestellung Hansjörg Hofer;
- Oktober Parlament beschließt Inklusionspaket, neue Rechte für Behindertenanwalt (Verbandsklage, Bericht an NR);
- Dezember neue Bundesregierung.

2017 waren etwa 1.200 Einzelfälle von Menschen mit Behinderung zu verzeichnen, die teils umfangreiche Beratung und Begleitung etwa zu Schlichtungsverfahren erforderten. Es wurden Sprechtage in allen Bundesländern abgehalten, eine Reihe von Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen abgegeben.

Botschaft: Wir fordern einen Inklusionsfonds nach dem Vorbild des Pflegefonds, der von Bund und Ländern finanziert wird, für die Förderung von Menschen mit Behinderungen nach gleichen, bundesweit einheitlichen Kriterien.

ABSTIMMUNG: Dafür: V, S, F, N, P, dagegen: -

TOP 6: Bericht des Gesundheitsausschusses über den Antrag 402/A der Abgeordneten Josef A. Riemer, Gabriela Schwarz, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über den Schutz der Tiere (Tierschutzgesetz TSchG) BGBl. 118/2004, zuletzt geändert mit BGBl Nr. 37/2018, geändert wird (349 d.B.)

Mit diesem Initiativantrag beantragen ÖVP und FPÖ, dass Hunde und Katzen im Rahmen gewerblicher Tätigkeiten in Zoofachhandlungen und anderen gewerblichen Einrichtungen, in denen Tiere angeboten werden, zum Zwecke des Verkaufes nicht gehalten und ausgestellt werden.

Botschaft: Das Verbot der Haltung von Hunden und Katzen in Zoofachhandlungen muss klar formuliert sein - wir wollen keine Haltung von Hunden und Katzen in Zoofachhandlungen, auch nicht zu Werbe-, Vermittlungs – oder Pflegezwecken!

ABSTIMMUNG: Dafür: S, N, P, dagegen: V, F

TOP 7: Bericht des Gesundheitsausschusses über den Antrag 436/A(E) der Abgeordneten Mag. Gerald Loacker, Kolleginnen und Kollegen betreffend: Mehr Wahlfreiheiten für mehr Zufriedenheit mit dem Kassensystem - freie Kassenwahl jetzt (350 d.B.)

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, wird aufgefordert, dem Nationalrat schnellstmöglich eine Regierungsvorlage vorzulegen, die den Versicherten mehr Wahlmöglichkeiten bietet und die freie Kassenwahl (inklusive Kontrahierungszwang und Werbeausgabenbremse) ermöglicht.

Botschaft: Wir wollen ein Pflichtversicherungssystem, in dem alle Versicherten mit gleichen Beiträgen die gleichen Leistungen erhalten.

ABSTIMMUNG: Dafür: V, S, F, P, dagegen: N

TOP 8: Bericht des Gesundheitsausschusses über den Antrag 441/A(E) der Abgeordneten Daniela Holzinger-Vogtenhuber, BA, Kolleginnen und Kollegen betreffend Offenlegung der Dienstpläne von Ärzten (351 d.B.)

Die Bundesregierung, namentlich die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, wird aufgefordert, eine gesetzliche Regelung zu schaffen, die einen Austausch von Dienstplänen für Ärzte innerhalb der Träger der Landesfonds-Krankenhäuser mit dem PRIKRAF ermöglicht.

Botschaft: Wir wollen Ärztinnen und Ärzte in unseren Spitälern, die sich voll und ganz auf ihre PatientInnen konzentrieren. Wir fordern daher volle Transparenz hinsichtlich aller Zusatzbeschäftigungen.

ABSTIMMUNG: Dafür: V, F, dagegen: S, N, P

TOP 9: Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Grünen Bericht 2018 der Bundesregierung (III-185/332 d.B.)

→ **Siehe Bereich REDEN**

Der Bericht zeigt auf, wie wichtig die öffentlichen Gelder für das Einkommen der landwirtschaftlichen Betriebe sind. Umso wichtiger ist es, dass diese öffentlichen Gelder mit großer Verantwortung verwaltet werden, Transparenz herrscht und eine gerechte Verteilung der Fördermittel erfolgt.

Botschaften: Es darf nicht länger zu einer Steigerung der Ausbringung von Pestiziden in der konventionellen Landwirtschaft kommen! Österreich braucht endlich pestizidfreie Regionen, damit sich Umwelt und Böden erholen können. Ein bewussterer Umgang mit Giften im Bereich der Lebensmittelproduktion muss in der konventionellen Landwirtschaft endlich erreicht werden! Die Ausweitung des Biolandbaus und die Schwerpunktsetzung auf regionale Produkte sind ebenfalls ein Gebot der Stunde!

Auf den Erhalt der bäuerlichen Familienbetriebe, auch im Nebenerwerb, ist ein Schwerpunkt zu legen. Gerechte Verteilung der Fördermittel ist Grundvoraussetzung dafür!

ABSTIMMUNG: Kenntnisnahme des Berichts: Einstimmig

TOP 10: Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage (300 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Bundesämtergesetz geändert wird (333 d.B.)

Mit dieser Regierungsvorlage setzt die ÖVP die seit mehreren Legislaturperioden von ihr gewünschte Beendigung der Eigenständigkeit der Bundesanstalt für Bergbauernfragen und damit das Ende der kritischen Forschung im agrarwirtschaftlichen Bereich in Österreich durch.

Botschaft: Die Regierung möchte keine eigenständige kritische Forschung im Agrarbereich und löst eine wissenschaftliche Einrichtung auf, die seit den Kanzlerjahren von Bruno Kreisky Hervorragendes zur Berggebieteforschung beigetragen hat. Dies ist traurig für ein Bergland wie Österreich und kontraproduktiv! Der Wirkungsbereich muss im Gegenteil ausgeweitet werden. Dies käme dem Bergland Österreich und seinen benachteiligten Gebieten zugute!

ABSTIMMUNG: dafür: V, F, N, dagegen: S, P

TOP 11: Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag 406/A der Abgeordneten Erwin Preiner, Kolleginnen und Kollegen, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Bundesämter für Landwirtschaft und die landwirtschaftlichen Bundesanstalten (Bundesämtergesetz) geändert wird (334 d.B.)

→ Siehe Bereich REDEN

Mit diesem Gesetzesantrag der SPÖ soll im Gegensatz zur Regierungsvorlage zum Bundesämtergesetz aufgezeigt werden, wie wichtig die eigenständige Forschung der Bundesanstalt für Bergbauernfragen ist, weshalb ihr Wirkungsbereich ausgedehnt werden sollte.

Botschaft: Die kritische Forschung im Agrarbereich muss gestärkt werden, um die Entscheidungsgrundlagen der Politik auf eine breitere Basis zu stellen. Die Diskussion, wie öffentliche Fördermittel vergeben werden sollen, muss auf transparenter Datenlage passieren und darf nicht davon abhängig sein, welche Forschung von ÖVP und Bauernbund gewünscht ist!

Ein Schwerpunkt ist weiters auf die Auswirkung des Klimawandels in ländlichen Regionen zu legen sowie auf den Ausbau internationaler Kooperationen im Forschungsbereich.

ABSTIMMUNG: dafür: V, F, N, dagegen: S, P

TOP 12: Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag 437/A der Abgeordneten Dipl.-Ing. Georg Strasser, Maximilian Linder, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Hagelversicherungs-Förderungsgesetz geändert wird (335 d.B.)

Mit dieser Änderung im Hagelversicherungs-Förderungsgesetz sollen erstmalig Prämienzahlungen im Zusammenhang mit Versicherungsverträgen, die Krankheiten von landwirtschaftlichen Nutztieren abdecken sollen, gefördert werden und die staatliche Prämienförderung von 50 auf 55 % auch für Katastrophen erhöht werden.

Botschaft: Die Regierungsfractionen zeigen wiederholt, dass sie Gesetzesmaterien, die reine Klientelpolitik darstellen, ohne Begutachtung und damit in demokratiepolitisch höchst kritikwürdiger Form abhandeln. Dieser Regierungsstil ist deutlich abzulehnen!

ABSTIMMUNG: dafür: V, F, dagegen: S, N, P

TOP 13: Bericht des Ausschusses für Forschung, Innovation und Digitalisierung über den Österreichischen Forschungs- und Technologiebericht 2018, vorgelegt vom Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung und vom Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie (III-152/359 d.B.)

Beurteilung: Aus sozialdemokratischer Sicht ist die Erhöhung der Forschungsoutputs wesentlich, da nur dadurch Arbeitsplätze und Wohlstand gesichert werden können.

ABSTIMMUNG: Dafür: V, S, F, N, P, dagegen: -

TOP 14: Bericht des Ausschusses für Forschung, Innovation und Digitalisierung über die Regierungsvorlage (278 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Patentamtsgebührengesetz geändert wird (360 d.B.)

Die Regierungsvorlage sieht Einsparungen im Verwaltungsbereich und daraus resultierende Gebührensenkungen für Online-Anmeldungen vor, ebenso weitere Gebührentlastungen bei der Bekanntgabe von Firmenwortlaut und Namensänderungen zu mehreren

Schutzrechten sowie schriftlichen Ausfertigungen und eine generelle Gebührenentlastung bei schriftlichen Ausfertigungen.

Beurteilung: Aus sozialdemokratischer Sicht stellt dies eine lang geforderte und bereits von SPÖ-Ministern eingeleitete Gebührensenkung im Bereich des Patentamtes dar.

ABSTIMMUNG: Dafür: V, S, F, N, P, dagegen: -

TOP 15: Bericht des Ausschusses für Forschung, Innovation und Digitalisierung über die Regierungsvorlage (294 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Markenschutzgesetz 1970 geändert wird (361 d.B.)

Bei der Regierungsvorlage handelt es sich um die Umsetzung der Richtlinie 2015/2436/EU zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedsstaaten über die Marken und damit die Anpassung des nationalen Markenschutzrechtes an die EU-weit gültigen Harmonisierungsvorgaben.

ABSTIMMUNG: Dafür: V, S, F, N, P, dagegen: -

TOP 16: Bericht des Ausschusses für Bauten und Wohnen über den Antrag 448/A(E) der Abgeordneten Johann Singer, Mag. Philipp Schrangl, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Modernisierung, Stärkung und Absicherung der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft, Schritte zur Verländerung der WBIB (348 d.B.)

Die Regierungsfractionen fordern in ihrem Antrag die Modernisierung, Stärkung und Absicherung der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft. Im Antrag wird auch auf die gesetzlichen Graubereiche und Umgehungsmöglichkeiten im Bereich der Anteilsübertragungen gemeinnütziger Bauvereinigungen, besonders hinsichtlich des zulässigen Kaufpreises, eingegangen.

ABSTIMMUNG: Dafür: V, S, F, dagegen: N, P

REDEN

TOP 9: Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Grünen Bericht 2018 der Bundesregierung (III-185/332 d.B.)

Abgeordneter Erwin Preiner (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Frau Ministerin, auch von mir alles Gute zum Geburtstag! Geschätzte Damen und Herren! Werte Zuhörer auf der Galerie und vor den Fernsehapparaten! Ich möchte vorweg allen danken, die an der Erstellung des Grünen Berichtes für das Wirtschaftsjahr 2017 aktiv mitgearbeitet haben. Die Statistik zeigt, dass die Einkommen 2017 in der Landwirtschaft im Vergleich zu 2016 um circa 14 Prozent gestiegen sind, 2016 im Vergleich zu 2015 schon um 12 Prozent zugenommen haben.

Ich kenne persönlich keine Einkommensgruppe unter den unselbstständig Tätigen, bei der innerhalb eines Vergleichszeitraumes von einem Jahr solche Einkommenszuwächse

vorhanden gewesen wären. Der Anteil der öffentlichen Fördergelder am landwirtschaftlichen Einkommen beträgt 61 Prozent.

Die Einkommen und die öffentlichen Gelder sind ungleich verteilt, und es sind gerade die Großagrarier und die Agrarkonzerne, die überproportional davon profitieren. Ich möchte auch erwähnen, dass die Nebenerwerbslandwirte im Vergleich zu den Haupterwerbsbetrieben nur 14 Prozent des Einkommens erwirtschaften, obwohl sie bereits 54 Prozent der Betriebe bewirtschaften. Weiters gibt es eine Einkommensgruppe, deren Einkommen 2017 überhaupt rückläufig gewesen ist, nämlich die Bergbauern der Erschwerniskategorie 4, die die steilsten Hänge bewirtschaften. Die hatten sogar einen Einkommensrückgang von 5 Prozent zu verzeichnen, das möchten die ÖVP und der Bauernbund hier aber überhaupt nicht hören. (Beifall bei der SPÖ.)

Geschätzte Damen und Herren! Wir von der SPÖ fordern daher eine gerechtere Verteilung der Fördermittel in Richtung Nebenerwerbslandwirtschaft, Stärkung der Bergbauern der Kategorie 4 und natürlich auch eine Bio-Wende, die auch wirklich eine ist. Hier geht das Burgenland mit gutem Beispiel voran.

Ich bringe daher folgenden Entschließungsantrag ein:

Entschließungsantrag der Abgeordneten Erwin Preiner, Gabriele Heinisch-Hosek, Maurice Androsch Genossinnen und Genossen betreffend
„mehr Verteilungsgerechtigkeit und Stärkung der ländlichen Regionen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU“

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen der Verhandlungen zur Ausgestaltung der nächsten Periode der Gemeinsamen Agrarpolitik ab 2021 dafür einzusetzen, dass

1. der Bezug von Direktzahlungen in Säule 1 der GAP mit 25 000 € pro Betrieb gedeckelt und eine Umverteilungsprämie von 100 Euro je Hektar bis zu einer Betriebsgröße von 20 ha vorgesehen wird,
2. die Mittel des Europäischen Fonds für die ländliche Entwicklung (ELER), Säule 2 der GAP, so eingesetzt werden, dass sie allen Menschen im ländlichen Raum zugutekommen und damit auch sektorübergreifende Maßnahmen, soziale Infrastruktur und Investitionen in Mobilität einschließlich digitale Infrastruktur besser gefördert werden,
3. die Förderung an ein Glyphosat-Verbot gekoppelt und eine deutliche Reduktion chemisch-synthetischer Pestizide erreicht wird,
4. die Finanzmittel dafür eingesetzt werden, um höhere Tierschutzstandards zu fördern und intensive industrielle Massentierhaltung auch im Sinne des Klimaschutzes zu reduzieren, sowie
5. eine verstärkte Möglichkeit der Mittelverschiebung von der 1. in die 2. Säule erreicht wird, die es den Mitgliedstaaten erlaubt, regionenspezifisch zu fördern.

Der Antrag im Wortlaut:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/UEA/UEA_00114/imfname_723238.pdf

Abschließend möchte ich noch in Erinnerung rufen, dass aus der ersten Säule der GAP bei den Direktförderungen 83 Betriebe über 100.000 Euro an Fördermitteln bekommen, davon 30 Betriebe über 270.000 Euro. Das nur deshalb, weil die ÖVP weder jetzt noch in der Vergangenheit bereit gewesen ist, an diesem Fördermodus irgendetwas zu ändern. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe auf Zustimmung zu diesem Entschließungsantrag. (Beifall bei der SPÖ.)

TOP 11: Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag 406/A der Abgeordneten Erwin Preiner, Kolleginnen und Kollegen, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Bundesämter für Landwirtschaft und die landwirtschaftlichen Bundesanstalten (Bundesämtergesetz) geändert wird (334 d.B.)



Abgeordneter Erwin Preiner (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Ministerin! Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuseher auf der Galerie und vor den Fernsehapparaten! Wir hier im Saal sind – teils freiwillig oder eben nicht – nun Teilnehmer an einem Begräbnis. Die Bundesanstalt für Bergbauernfragen wird zu Grabe getragen.

Es hat den Anschein, dass kritische Forschung und neutrale Analyse, was den alpinen Raum im Allgemeinen betrifft, was die Bergbauern betrifft, speziell auch in der Erschwerniskategorie 4, aber auch was

allgemein das Wohnen, Leben und Arbeiten in strukturschwächeren ländlichen Regionen in Österreich betrifft, nicht mehr gewünscht wird. Das Bergbauerninstitut, wie die Bundesanstalt für Bergbauernfragen auch genannt wird, wird filetiert und zerschlagen.

Immer wieder hat es auch schon in der Vergangenheit seitens der ÖVP-Agrarminister dieses Ansinnen gegeben, jetzt wird es aber ernst damit. Die Regierung legte nun einen Gesetzesentwurf vor, mit dem besagtes Institut in das Agrarwirtschaftliche Institut eingegliedert werden soll. Kolleginnen und Kollegen, wir, die SPÖ, lehnen diese Vorgangsweise striktest ab! (Beifall bei der SPÖ.)

Es gab diesbezüglich 36 Stellungnahmen, über 30 davon waren negativ. Daher habe ich einen Antrag gestellt, um das Bergbauerninstitut weiter als eigenständige Bundesanstalt für Bergbauernfragen am Leben zu erhalten.

Kolleginnen und Kollegen, ich zitiere hier nur eine Stellungnahme: Die von Bruno Kreisky ins Leben gerufene wissenschaftliche Anstalt hat sich über Jahrzehnte als hochqualifizierte Einrichtung mit ihrer kritischen Forschung zu den Berggebieten und strukturschwächeren ländlichen Regionen bewährt. – Zitatende.

Das Bergbauerninstitut war und ist die Stelle, die für die kleinbäuerlichen Familienbetriebe, für die Bergbauernbetriebe, auch für jene der Erschwerniskategorie 4, und allgemein für den ländlichen Raum wissenschaftliche Expertisen erarbeitet. Das Institut hat auch immer wieder gute Grundlagen dafür gelegt, dass es entsprechende Schwerpunkte im Programm der ländlichen Entwicklung gegeben hat. Es liefert auch Grundlagen für die weitere Entwicklung der alpinen Regionen, auch was die wirtschaftliche Absicherung bäuerlicher Familienbetriebe betrifft.

Ich denke aber, dass gerade jetzt die ÖVP, der Bauernbund keine kritische Forschung und kritische Auseinandersetzung mit den alpinen Regionen und auch mit den anderen strukturschwächeren, ländlichen Regionen möchte und daher gerade diese Regierungsvorlage eingebracht wurde, was meiner Meinung nach schade ist. Ich hätte nicht gedacht, dass die FPÖ da unterstützend dabei ist.

Sehr geehrte Frau Ministerin Köstinger, Sie haben im Ausschuss gesagt, das Einsparungspotenzial beträgt 145 000 Euro. Sie haben auch gesagt – und Herr Kollege Riemer hat das in seinem Redebeitrag aus dem Vorwort des Grünen Berichts zitiert, ich gebe das inhaltlich wieder –, der ländliche Raum soll zukunftsorientiert weiterentwickelt werden.

Diese Bundesanstalt für Bergbauernfragen hat in den vergangenen Jahrzehnten fast 40 Jahre hindurch diesbezüglich gute Grundlagenarbeit geleistet und wäre auch bereit, das zukünftig zu tun. Ich denke, durch diese Initiative wird der falsche Weg eingeschlagen. Ich frage Sie: Ist es das wert – 145 000 Euro? – Man hätte auch andere Kooperationen, Frau Ministerin, umsetzen können, sodass dieses Institut auch weiterhin eigenständig hätte agieren können, zum Wohle aller Menschen im ländlichen Raum.

Ich nehme nun kurz auf meinen Antrag Bezug: Das Bergbauerninstitut soll weiterforschen, und zwar in puncto Klimawandel und dessen Auswirkungen in den ländlichen Regionen, die internationale Kooperation soll weiter betrieben und weiterhin forciert werden.

Daher: Wir brauchen eine unabhängige, weiterhin sehr aktive, wissenschaftlich fundiert arbeitende Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Ich denke, dieses Bild (*die Tafel in die Höhe haltend*) ist der unrühmliche Abschluss.

Ich hoffe auf Unterstützung meines Antrags, auch seitens der Regierungsfractionen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ.)

PRESSEMELDUNGEN

[Preiner gegen Änderung im Hagelversicherungs-Förderungsgesetz ohne Begutachtung und Einbeziehung der Länder](#)

SPÖ fordert Erhalt der Eigenständigkeit der Bundesanstalt für Bergbauernfragen
OTS0125 - 06.11.2018 12:32

[Preiner: Steuermittel nicht Eigentum der Agrarindustrie – der gesamte ländliche Raum muss von der nächsten GAP profitieren](#)

SPÖ-Agrarsprecher will mehr Fokus auf einen Aufschwung der ländlichen Regionen – FPÖ ist die Umfallerpartei in Sachen Agrarförderungen
OTS0181 - 14.11.2018 13:55

[Preiner: „Fördermittel in der Landwirtschaft müssen gerechter verteilt werden“](#)

Die Fördergelder in der Landwirtschaft sind extrem ungleich verteilt.
OTS0246 - 22.11.2018 15:43

16.11.2018

12-Stunden-Tag: Keine Freiwilligkeit, weniger Lohn, weniger Freizeit

Täglich werden neue Fälle in der Öffentlichkeit bekannt, die zeigen: Beim Arbeitszeitgesetz mit 12-Stunden-Tag und 60-Stunden-Woche, die ÖVP und FPÖ im Schnelldurchlauf durchgepeitscht haben, gibt es keine Freiwilligkeit. Die SPÖ hat immer davor gewarnt, dass das mit der Freiwilligkeit in der Praxis nicht funktionieren wird. Wir haben Recht behalten. Nur wenige Wochen nach Inkraft-Treten zeigt sich: Knebelverträge und Kündigungen nach einem „Nein“ zu 12 Stunden Arbeit sind leider die Folge.

Jetzt wäre es ein Zeichen der Vernunft, wenn die Regierung ihren Fehler eingestehen und das Gesetz mit Einbindung von Experten neu machen würde.

Es häufen sich auch die Fälle, wo Arbeitnehmer bereits im Arbeitsvertrag ihre „ausdrückliche und freiwillige Bereitschaft“ zur 12-Tagesarbeitszeit sowie zur Wochenarbeitszeit von bis zu 60 Stunden unterschreiben müssen. Die Arbeitgeber-Seite setzt so Arbeitnehmer unter Druck und sichert die zeitliche Ausbeutung der Arbeitnehmer vertraglich ab.

Auch die SPÖ ist für flexible Arbeitszeiten und eine moderne Arbeitswelt. Dafür muss es aber für die Arbeitnehmer ein faires Einkommen, einen Rechtsanspruch auf eine Viertagewoche oder längere Freizeitblöcke geben.



Die von der SPÖ verlangte Sondersitzung im Nationalrat hat Bundeskanzler Kurz wieder einmal geschwänzt.

8.11.2018

Tag des Apfels: Biologische Produktion und regionale Vermarktung sind Basis für nachhaltigen Erfolg



Im Burgenland werden auf ca. 460 ha Intensivanlagen Tafeläpfel bester Qualität produziert. Außerdem gibt es rund 1.000 ha Streuobstwiesen mit Apfelbäumen. Die dort geernteten Äpfel dienen vorwiegend für die Erzeugung von Apfelsaft und Apfelmust. Der jährliche Pro-Kopf-Verbrauch in Österreich beträgt 19,6 kg, der Selbstversorgungsgrad liegt bei 95 %. Erfreulich auch, dass laut einer Umfrage 88 % angeben, dass sie beim Kauf von Äpfeln auf heimische Herkunft achten.

„Der Tag des Apfels ist die beste Gelegenheit zu betonen, dass die heimischen Obstbaubetriebe genügend hochqualitative Äpfel produzieren können. Darüber hinaus bietet die Veredlung des Rohprodukts Apfel den Produzenten weitere zahlreiche Möglichkeiten, um faire Preise für hochwertige und gesunde Produkte zu bekommen“, so SP-Agrarsprecher im Nationalrat Erwin PREINER.

„Heimische Äpfel leisten nicht nur einen wichtigen Beitrag für die Gesundheit. Mit dem Kauf von Äpfeln von heimischen Obstbauern wird die Regionalität gefördert und die Wertschöpfung gesichert. Im Ausbau der Bio-Schiene liegt die Zukunft. Denn die Nachfrage der Konsumenten, egal ob Gastronomie oder private Haushalte, richtet sich in erster Linie nach Qualität.

„Hier geht das Burgenland mit der „Bio-Wende“ den einzig richtigen Weg. LEBENSmittel ohne Einsatz von Pestiziden, volle Unterstützung für den biologischen Landbau und effiziente Unterstützung der Landwirte, die ihre Betriebe zügig auf biologischen Anbau umstellen wollen“, schloss PREINER.